

Im Interview: der Ethnologe Karl-Heinz Kohl

Die Politik hat einen Sehnsuchtsort gewählt

Ein Gespräch über die politische Renaissance des Heimatbegriffs und Loyalitätsgefühle in Migranten-Gemeinden

Von der Auflösung von Heimat und Kultur waren einmal vor allem indigene Gesellschaften betroffen. Heute gibt es in der Folge von Migration und Globalisierung auch in westlichen Ländern wieder ein starkes Bedürfnis nach Heimat.

KARL-HEINZ KOHL: Es geht sogar noch weiter. Dieses Phänomen finden wir nicht nur in den postmodernen Dienstleistungsgesellschaften, sondern mittlerweile auch in den Schwellenländern. Offensichtlich hängt es mit dem Verlust authentischer sozialer Beziehungen zusammen.

Wie reagiert die Ethnologie auf diesen Wandel?

In der Ethnologie hat man früher eher von primordialen Bindungen gesprochen: noch aus der frühen Kindheit rührende Bindungen an den Ort, an dem man aufgewachsen ist, an die eigene Sprache, an die eigenen Verwandten und an die eigene Herkunftskultur. Sie sind stark affektiv besetzt und halten weit länger als die, die erst später dazugekommen sind. Heute hat sich aus diesem Ansatz eine ganze Forschungsrichtung entwickelt. Sie befasst sich mit den sozialen, lokalen und kulturellen Zugehörigkeitsgefühlen von Menschen, also mit all dem, was man im Deutschen mit dem Heimatbegriff verbindet.

Was hat sich darüber verändert?

Die Zugehörigkeiten bleiben mit zunehmender Mobilität nicht mehr konstant. Es haben sich wechselnde kulturelle Identitäten herausgebildet. Migranten erschaffen sich mit ihren Diaspora-Gemeinden neue soziale Nah-Räume, die nicht mehr ortsgebunden sind. Kleine Heimatinseln gewissermaßen. Ihre Mitglieder identifizieren sich zwar stark mit ihrem Herkunftsland, sind aber auch dort nicht mehr wirklich heimisch. Die Untersuchung der Diaspora-Gemeinden ist ein wichtiges Thema in der Ethnologie geworden.

Was ist das Besondere der Diaspora?

Diasporen sind Face-to-Face-Gemeinschaften. Die wechselseitigen Bindungen sind dementsprechend stärker als in den Herkunftsregionen selbst. Während die altgebrachten Wert- und Moralvorstellungen in der alten Heimat einem schnellen Wandel unterliegen können, hält man in der Diaspora starr an ihnen fest. Oft tragen sie sogar zu ihrer Wiederbelebung bei. Als es in der Türkei beispiels-

weise noch verboten war, den Schleier zu tragen, hat man das hier in Deutschland bereits getan.

Der Heimatbegriff hat heute in der Politik wieder Konjunktur. Wie hat sich der politische Bezug auf Heimat in der Bundesrepublik verändert?

Es gab in der Geschichte der Bundesrepublik drei Phasen, in denen der Begriff eine Rolle spielte. Die erste setzte unmittelbar nach dem Krieg ein. Sie wurde wesentlich von den Vertriebenen und ihren Verbänden getragen; auch der in den bayerischen Bergen spielende



Karl-Heinz Kohl leitete bis 2016 das Frobenius-Institut für kulturanthropologische Forschung an der Universität Frankfurt

Foto Interphotos

Heimatfilm war damals ein beliebtes Genre. Dann kam die Studentenbewegung, die den Heimatbegriff als konservativ, politisch rechts und rückwärtsgewandt diskreditierte. Die zweite Phase begann Mitte der achtziger Jahre infolge der damals forciert vorangetriebenen Urbanisierung. Ein deutlicher Einschnitt war die Heimatriologie von Edgar Reitz. Er versuchte den Heimatbegriff zu rehabilitieren, obwohl er auch die Kehrseiten, die Beengungen der dörflichen Lebenswelt, nicht verschwie. Das Ende dieser Phase begann mit dem Fall der Berliner Mauer. Viele der nach 1948 in die Bundesrepublik Geflüchteten kehrten von ihren Besuchen in die alte Heimat desillusioniert zurück. Die Erinnerung hatte sie verklärt.

Und heute?

Heute befinden wir uns in einer dritten Phase. In den Vereinigten Staaten hatte der Patriotismus bereits nach den Terroranschlägen auf die Twin Towers eine Renaissance erfahren Die Homeland Security wurde gegründet – das „Heimatschutzministerium“. Bei uns verlief die Entwicklung zunächst etwas anders. Die Integration der Zuwanderer hielt man zunächst für gelungen. Erst als die Angehörigen der Diaspora-Gemeinden an Selbst-

bewusstsein gewannen und stolz auf ihre Herkunft und ihre kulturellen Traditionen verwiesen, setzte eine vergleichbare Gegenbewegung ein.

Wodurch ist sie gekennzeichnet?

Man könnte die These wagen, dass sie auch von einem gewissen Neid getragen war auf die so viel ausgeprägteren Zugehörigkeits- und Loyalitätsgefühle der Diaspora-Gemeinden. Hier glaubte man noch authentische Bindungen vorzufinden, vor allem aber eine affirmative Beziehung zur eigenen Vergangenheit und Kultur, mit der man sich in Deutschland nach den Verbrechen der NS-Zeit nie mehr so recht identifizieren mochte. Die gegenwärtige Konjunktur des Heimatbegriffs wurde mithin nicht erst durch die Flüchtlingskrise ausgelöst, mit der sie dann freilich ihren Höhepunkt erreichte.

In Deutschland gibt es jetzt ein Bundesministerium für Heimat. Was halten Sie von diesem Plan?

Mit kommt das sehr kühn vor. Ich habe Zweifel daran, dass Heimat sich politisch erzwingen lässt.

Das Heimatministerium soll besonders den ländlichen Raum stärken, durch ganz praktische Maßnahmen wie Breitbandausbau oder die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs. Was darf man sich davon versprechen?

Zunächst einmal hat schon lange eine Entländlichung des ländlichen Raumes stattgefunden. In Deutschland haben wir heute nur noch 275 000 landwirtschaftliche Betriebe, in denen gerade einmal 900 000 Menschen tätig sind. Daneben gibt es die Agrarindustrie, die keine traditionellen Arbeitsformen und lokalen Bindungen mehr kennt. Dazu kommen die vielen Pendler, die ja auch nicht mehr wirklich zu den Dorfgemeinden zählen. Die Frage ist, ob die Digitalisierung, in die man jetzt so viele Hoffnungen setzt, nicht eher zu einer weiteren Auflösung der in dörflichen Gemeinden noch existierenden Zugehörigkeitsgefühle führen wird.

In der politischen Diskussion um Heimat geht es um eine pragmatische Umwertung des Heimatbegriffs: Heimat als Projekt, als das, was man sich aufbaut.

Ich finde die Vorstellung sympathisch. Doch ist sie eher naiv. Heimat lässt sich nicht künstlich herstellen. Nach Heimat sehnt man sich vor allem dann, wenn man sie nicht mehr hat. Und dann ver-



Heimatkunde: Kanzlerin Angela Merkel, fotografiert von Andreas Mühe, beim Blick auf Rügen Foto Andreas Mühe / VG Bild-Kunst, Bonn 2018

gisst man leicht, dass das Leben in solch beschränkten Verhältnissen auch seine Schattenseiten hat. Hätte man sie sonst verlassen? Man hat also einen Sehnsuchtsort als Bezeichnung für ein Ministerium gewählt.

Gerade diese Sehnsucht will die Politik dem Heimatbegriff ja austreiben. Was ihn auch für die politische Linke attraktiv machen soll.

Ernst Bloch hat schon in der Vorkriegszeit die mangelnde Berücksichtigung heimlicher Bindungen durch die politische Linke kritisiert. Ich denke, das hat sich geändert. Inzwischen nimmt auch die Linke an der Heimatdiskussion teil. Man muss heute wohl eher trennen zwischen einer kosmopolitischen Elite, die mit dem Heimatbegriff nicht viel am Hut hat, und dem neuen Kommunitarismus, der relativ unabhängig von politischen Orientierungen ist.

Wobei die Kosmopoliten auch ihre festen Bezugspunkte haben. Man gruppiert sich um Kultur- und Konsumformen oder bestimmte Wohnviertel. Ist der projektierte Heimatbegriff hier verwirklicht?

Ja, er wird nur nicht als solcher artikuliert, sondern bleibt eher im Unbewussten. Nehmen wir beispielsweise die Scientific Community mit ihren internationalen Konferenzen. Man trifft sich hier und dort in der Welt, bleibt dabei aber immer im Kreis derselben Personen. Die Sprache ist meist Englisch, ganz unabhängig von der Herkunft der Teilnehmer. Der Universitätscampus ist der universelle Ort, an dem man sich überall in der Welt trifft. Auch hier haben wir also mehr oder weniger geschlossene Gemeinschaften, deren Mitglieder durch starke Zugehörigkeitsgefühle miteinander verbunden sind.

Lässt sich der Partikularismus der Identitätspolitik durch den Bezug auf eine geteilte Heimat ein Stück weit begrenzen?

Da geben sich die Politiker einer Illusion hin. Ich zweifle daran, dass man dieses Ziel mit den beabsichtigten Mitteln erreichen kann. Das hat natürlich auch mit der sozialhierarchischen Ordnung unserer Gesellschaft zu tun. Früher konnten Migranten oft gar nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren. Heute hat sich das geändert. Man ist nicht mehr gezwungen, im Zielland heimisch zu werden. Und man ist durch die moderne Kommunikation ja auch permanent im Kontakt zur alten Heimat. Das stärkt die Bindungsgefühle an die Herkunftswelt, die zusätzlich noch dadurch gestärkt werden, dass Migranten in unseren Gesellschaften auf Ausgrenzungen treffen, auf die sie wiederum mit Abgrenzungen reagieren.

Das Gespräch führte **Thomas Thiel**.

Flexible Dienstleister der Wissenschaft

Mehr als achtzig Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter sind befristet beschäftigt – gegenüber sieben Prozent in der freien Wirtschaft. Warum will die neue Regierung daran nichts ändern?

Die neue Bundesregierung hat angekündigt, befristete Arbeitsverträge zu begrenzen. Die Universitäten sollen dabei ausgespart werden, obwohl dort mit rund 85 Prozent ein Ausmaß an Befristungen erreicht ist, das weit jenseits dessen liegt, was in der freien Wirtschaft und im restlichen öffentlichen Dienst praktiziert wird.

Das Verhältnis zwischen befristeten und unbefristeten Positionen sowie zwischen abhängigen Mitarbeiterstellen und unabhängigen Professuren hat sich an den Universitäten seit Jahrzehnten kontinuierlich verschlechtert. Die Chancen für das stets wachsende qualifizierte Personal, eine Professur zu erreichen, schrumpfen laufend. Auch im Mitarbeiterbereich ist es immer schwieriger geworden, einen festen Vertrag zu erhalten, obwohl niemand die wissenschaftlichen Einrichtungen daran hindert, mehr Festanstellungen zu vergeben. Die großzügigen rechtlichen Möglichkeiten, die der Gesetzgeber in Gestalt eines Sonderarbeitsrechts für Befristungen in der Wissenschaft geschaffen hat, befördern diese Praxis ebenso wie die chronische Unterfinanzierung der Universitäten durch die Länder. In den wissenschaftlichen Einrichtungen gibt es heute eine tief verankerte Aversion gegenüber unbefristeten Verträgen. Die Schere zwischen Professuren und Mitarbeiterstellen hat sich seit Mitte der acht-

ziger Jahre immer weiter geöffnet. Gleichzeitig ist der Befristungsanteil unter den Nichtprofessoren kontinuierlich gestiegen. Bereits 1995 waren 78 Prozent der akademischen Mitarbeiter befristet beschäftigt, 2005 waren es 79,4 Prozent und 2015 schließlich 85,3 Prozent – gegenüber sieben Prozent in der freien Wirtschaft. 1985 hatte die Regierung Kohl das Hochschulrahmengesetz erstmals um Regelungen für Befristungen in der Wissenschaft ergänzt. Seitdem hat der Bundestag die Möglichkeiten der Befristung immer weiter ausgedehnt, dann mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz 2007 für den sogenannten wissenschaftlichen „Nachwuchs“ sogar jeglichen Begründungszwang abgeschafft und den Arbeitgebern eine präzedenzlose Rechtssicherheit für Befristungen verschafft.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen nutzen diese Spielräume weidlich aus. Oder anders formuliert: Sie befristeten nicht, weil sie es müssen, sondern weil sie es können. Das Risiko liegt bei den Beschäftigten. Ist der persönliche Befristungsrahmen von zwölf Jahren ausgeschöpft, werden die Möglichkeiten für weitere Anstellungen in der Wissenschaft immer schwieriger, da kaum ein Arbeitgeber tut, was der Gesetzgeber eigentlich erreichen wollte: nämlich nach Ende der zwölf Jahre einen festen Vertrag zu vergeben.

Seitdem sind immer mehr qualifizierte Anwärter auf der Suche nach immer weniger festen Positionen. Das zusätzliche wissenschaftliche Personal, das die Universitäten seit 2005 auch mit Hilfe von Bundesmitteln in Milliardenhöhe aus Exzellenzinitiative und Hochschulpakten anstellen, war sämtlich befristet beschäftigt. Zwischen 2005 und 2015 stieg die Zahl der befristet beschäftigten akademischen Mitarbeiter um 59,2 Prozent (von 91 046 auf 144 928). Die Zahl der unbefristet beschäftigten Professoren dagegen im selben Zeitraum nur um 17,7 Prozent (von 18 649 auf 21 153). Sie lag damit 2015 sogar hinter dem Wert von 1995, als es noch 21 860 unbefristet besetzte Professuren gegeben hatte. Seit 2005 stand einem Plus von 2504 unbefristet besetzten Professuren damit ein Zuwachs von 53 882 befris-

tet beschäftigten Wissenschaftlern im akademischen Mittelbau gegenüber, wo der Anteil der unbefristet Beschäftigten mit 14,7 Prozent auf einen historischen Tiefstand abstürzte.

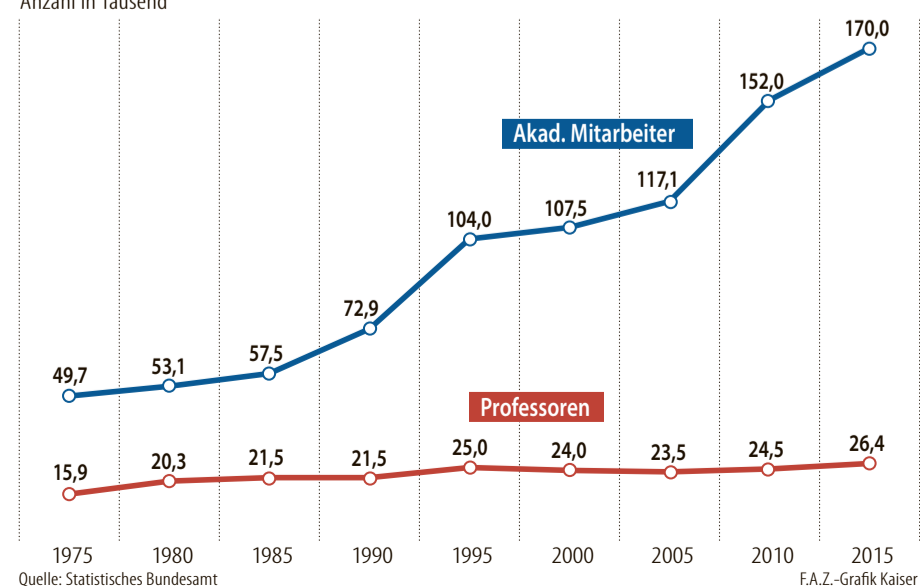
Der Anstieg der befristeten Arbeitsverhältnisse kann dabei weder auf den Bereich der Promovierenden beschränkt noch auf die (befristeten) Drittmittel in

Von Ariane Leendertz, Anette Schlimm, Eva-Maria Troelenberg, Martin Seeliger, Matthias Goldmann, Thomas Etzemüller, Martin Höpner

den Finanzierungsstrukturen zurückgeführt werden, worauf sich die Universitäten stets berufen. Auch in der Grundfinanzierung nahm der Anteil befristeter Beschäftigten zu. Von den wissenschaftlichen Mitarbeitern und akademischen Räten und Oberärzten waren in der Grundfinanzierung der Hochschulen 2005 bereits 67,8 Prozent befristet angestellt. Bis 2015 stieg der Anteil auf 74,9

Personal an deutschen Universitäten und Hochschulen

Hauptberufliche Professoren und akademische Mitarbeiter (Dozenten, Assistenten, Räte und wissenschaftliche Mitarbeiter)



Prozent. Solange der Gesetzgeber untätig bleibt, dürfte sich an dieser Praxis wenig ändern, denn die Kultur der Befristung ist tief in den Organisationen verankert. Eine Erhöhung der Grundfinanzierung lässt kaum Änderungen erwarten, wie das Hochschulbarometer jüngst zeigte. Die befragten Leitungsorgane halten allenfalls eine Senkung des Befristungsanteils um 5,5 Prozent für wünschenswert.

Da die Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes noch von der Regierung Schröder auf den Weg gebracht und dann von der ersten Großen Koalition unter Angela Merkel verabschiedet wurden, ist es kaum überraschend, dass die künftige Koalition die Wissenschaft von einer Begrenzung der Befristungen ausnehmen möchte. Schon bei der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes war davon keine Rede. Die Lobby der Wissenschaftsorganisationen, die Änderungen im Befristungsrecht zugunsten ihres eigenen wissenschaftlichen Personal geschlossen abwehrt, scheint die Abgeordneten aller Parteien gut im Griff zu haben – ungeachtet der politischen Machtverhältnisse,

haben zwischen 2004 und 2014 bis auf das kleine Saarland alle Bundesländer den Befristungsanteil an ihren Hochschulen erhöht.

Unter Wissenschaftsfunktionären und Personalverantwortlichen scheint es kaum eine beängstigendere Vorstellung zu geben, als das hochqualifizierte Forschungs- und Lehrpersonal auf Dauer beschäftigen zu müssen. Außerdem haben sich Hochschulen und Außenuniversitäten dem Leitprinzip der Flexibilität verschrieben. Feste Mitarbeiter, das bedeutet für sie Verfestigung, Verkrustung, intellektuelle Stagnation und mangelnden Leistungswillen. Nur wer als Organisation flexibel und dynamisch auf neue wissenschaftliche Entwicklungen reagieren kann und über möglichst große personelle Spielräume verfügt, gilt als hinreichend innovations- und wettbewerbsfähig. Nur die Besten sollen sich durchsetzen, nur die Leistungsfähigen belohnt werden.

So verstärkt die gegenwärtige politische Ökonomie der Wissenschaft eine Spielart des Kapitalismus, in der sich politisches und ökonomisches Kapital in den Händen weniger konzentrieren. Die Mehrheit des wissenschaftlichen Personals hat keine Lobby und ist politisch allenfalls randständig repräsentiert. Mächtige korporative Akteure wie die Hochschulrektorenkonferenz und die Allianz der Forschungseinrichtungen vertreten strategische Organisationsinteressen wohl noch mehr als die Interessen der breiten Professorenschaft. Der Wettbewerb gilt den wissenschaftspolitischen Verantwortlichen seit der Jahrtausendwende als überlegender Steuerungsmechanismus, der eine effiziente Verteilung der Ressourcen auf die Besten und Leistungsfähigen verspricht. Dieses System belohnt diejenigen, die in den Antragsgremien und Gutachterkreisen sitzen und die meisten Drittmittel einwerben.

Der institutionalisierte Wettbewerb und die extrinsische Form der Motivation durch finanzielle Leistungsanreize und soziale Unsicherheit lässt wenig Platz für Solidarität und erstickt jene Freiräume des Denkens, die für die Wissenschaft überlebenswichtig sind. Ein kleiner Teil der Professorenschaft kann sich aus dem zeitraubenden Tagesgeschäft der Massenuniver-

sität, in der immer mehr Studenten betreut werden müssen, in die Exzellenzforschung freikaufen. Der große Rest arbeitet an den Grenzen der Belastbarkeit und kann von eigener Forschungszeit nur träumen. Das befristete wissenschaftliche Personal ist weitgehend auf sich selbst konzentriert, verhält sich unauffällig, hofft auf die nächste Vertragsverlängerung und auf Vorteile gegenüber der Konkurrenz – ein opportunistisches, aber letztlich vollkommen rationales Verhalten, das systemisch angelegt und politisch gewollt ist.

Die Exzellenzstrategie soll jetzt längerfristige Perspektiven eröffnen und der Hochschulpolitik verstetigt werden. Der Nachwuchspakt des Bundes soll Reformen in der Personalstruktur anstoßen und immerhin tausend zusätzliche Dauerprofessuren schaffen, die nach dem Tenure-Track-Prinzip vergeben werden. Das mag hoffnungsvoll stimmen. Doch die Personalstrukturen hängen nicht allein am Geld, und das Tenure-Track-Programm ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, wie Reinhard Jahn und Florian Meinel jüngst in dieser Zeitung deutlich gemacht haben (F.A.Z. vom 14. Februar). Ein Wandel der Personalstrukturen und vor allem der Vertragspraxis setzt einen weitreichenden Kulturwandel voraus. Es gibt jedoch wenig Anzeichen dafür, dass die Universitäten wirklich von der bisherigen Befristungspraxis abrücken wollen. Um zu einem ausgewogeneren Verhältnis zwischen befristeten und unbefristeten Stellen zu kommen, reichen Anreizprogramme und Absichtsbekundungen nicht aus. Der Bundestag hat die ausufernde Befristungspraxis durch seine Gesetzgebung erst ermöglicht. Jetzt liegt der Ball im Feld der neuen Regierungskoalition.

Ariane Leendertz (Zeithistorikerin, Forschungsgruppenleiterin, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln), **Anette Schlimm** (Historikerin, Akademische Rätin, LMU München), **Eva-Maria Troelenberg** (Professorin für Kunstgeschichte, Universität Utrecht), **Martin Seeliger** (Soziologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Flensburg), **Matthias Goldmann** (Jurist, Juniorprofessor, Goethe-Universität Frankfurt), **Thomas Etzemüller** (Professor für Kulturgeschichte der Moderne, Universität Oldenburg), **Martin Höpner** (Politikwissenschaftler, Forschungsgruppenleiter, MPI für Gesellschaftsforschung und apl. Professor, Universität zu Köln)